



Mach jetzt den kostenlosen Heizkostencheck:

Möglicherweise kannst du 15 % von
deinem Vermieter zurückfordern.

Wir helfen dir dabei!

Nebenkosten prüfen und Geld zurückholen!

Bezahlbares Wohnen gehört zu den zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Während Mieten und Lebenshaltungskosten steigen, sorgen auch hohe Heiz- und Nebenkostenabrechnungen für zunehmenden Druck auf viele Haushalte. Gleichzeitig wissen zahlreiche Mieter*innen nicht, ob die Forderungen ihrer Vermieter*innen überhaupt korrekt sind. Genau hier setzt der Heizkostencheck der Linken an.

Mit dem Heizkostencheck unterstützt Die Linke Mieter*innen dabei, ihre Heiz- und Nebenkostenabrechnungen kostenlos überprüfen zu lassen. Über die Plattform Heizkostencheck.app können Abrechnungen digital eingereicht und auf mögliche Fehler untersucht werden. Das Angebot richtet sich an Menschen, die Klarheit über ihre Abrechnung erhalten und mögliche Ansprüche erkennen möchten.

Dass dieses Angebot dringend nötig ist, zeigen die bisherigen Ergebnisse. Bereits mehrere tausend Abrechnungen wurden eingereicht und ausgewertet. Dabei

stellte sich heraus, dass rund jede vierte Abrechnung Fehler enthält. Viele Betroffene erfahren erst durch eine Prüfung, dass sie zu hohe Beträge zahlen sollen oder sogar Anspruch auf Rückerstattungen haben. Gerade in Zeiten hoher Energiepreise kann das eine spürbare Entlastung für das Haushaltsbudget bedeuten.

Für uns ist klar: Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht zur finanziellen Falle werden. Deshalb kämpfen wir politisch für einen wirksamen Mieter*innen-Schutz, für bezahlbare Energiepreise und für mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt. Der Heizkostencheck ist ein ganz praktischer Beitrag, um Mieter*innen bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.

Ich möchte deshalb alle Genoss*innen dazu aufrufen, ihre aktuelle Nebenkosten- oder Heizkostenabrechnung einzureichen und prüfen zu lassen. Auch wenn auf den ersten Blick alles plausibel erscheint, kann eine Überprüfung sinnvoll sein. Darüber hinaus bitten wir euch, Freund*innen,

Nachbar*innen, Kolleg*innen und Familienmitglieder auf das Angebot aufmerksam zu machen. Je mehr Abrechnungen geprüft werden, desto sichtbarer werden strukturelle Probleme und desto stärker wird der Druck für politische Veränderungen.

Die Einreichung

ist unkompliziert möglich
über das Formular unter:



**https:
//gleft.de/
5X3.**

Gemeinsam sorgen wir dafür, dass niemand mehr bezahlt als nötig. Nutzt den Heizkostencheck, macht das Angebot bekannt und helft mit, Mieter*innen zu ihrem Recht zu verhelfen.
Jetzt gemeinsam aktiv!

Robert Kosin,
Geschäftsführer des
Kreisverbandes

Liebe Leser*innen, liebe Genoss*innen,

vor nicht einmal zwei Jahren ging die Meldung um, dass im Ludwigsfelder Krankenhaus die Gynäkologie-Station geschlossen wird. Zu wenig Geburten, als dass sich die Station rechnen würde.

Nur wenige Tage später standen wir Linken vor dem Krankenhaus zur Demo.

Allein, Profit ging vor Gesundheit – die Station wurde geschlossen. Nun die nächste Hiobsbotschaft: Es schließt die Kinderstation – zu wenig Fälle für eine sich rechnende Bettenauslastung. Wieder geht Profit vor Gesundheit.

Das ist das Ergebnis einer Gesundheitspolitik, die auch Karl Lauterbach (SPD) als Bundesgesundheitsminister bis 2025 forcierte – Stichwort Krankenhausreform. Unter einem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), der in Ludwigsfelde als Bundestagsabgeordneter direkt gewählt wurde. Heute stellen sich der SPD-Bürgermeister und das in Ludwigsfelde direkt gewählte SPD-Landtagsmitglied (»völlig schockiert«) hin und sorgen sich um den Status Ludwigsfeldes als »kinderfreundliche Kommune«. Zu Recht! Aber das ist die gleiche SPD, die eben seit Jahrzehnten diese verfehlte Gesundheitspolitik im Bund mitbetreibt, ja sogar befördert. Und dann wird vor Ort geklagt?! Vielleicht sollte sich die hiesige SPD einfach am Brandenburger Gesundheitsminister (SPD) halten. Für den ist die Schließung nämlich »kein Weltuntergang.« Schlimmer noch: »Es wird nicht die letzte Nachricht dieser Art sein«, sagte Wilke am 27. Mai im Fernsehen.

Bravo, SPD!

Felix Thier, Vorsitzender des
Kreisverbandes

Die Linke

Kreisverband
Teltow-Fläming

Die Bundesregierung betreibt Klassenkampf von oben



Isabelle Vandr 
(Die Linke),
Mitglied des
Bundestages

Die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) treibt den Sozialabbau mit erschreckender Geschwindigkeit voran. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass neue Vorsch ge auf den Tisch kommen, die den Sozialstaat weiter aushöhlen. Besonders deutlich wird das derzeit bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Statt endlich für eine gerechte Finanzierung zu sorgen, sollen Versicherte und Patient:innen die Krise der Kassen ausbaden. Geplant sind höhere

Zuzahlungen, Leistungskürzungen und weitere Belastungen für Beschäftigte und Familien. Selbst die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartner:innen steht zur Disposition. Gleichzeitig werden Gutverdienende und private Versicherungsmodelle weiter geschont. Dabei wäre die Lösung längst bekannt: eine solidarische Krankenversicherung, in die alle einzahlen – auch Abgeordnete, Beamte und Spitzenverdiener:innen. Auch die Debatte um die gesetzliche

Rente zeigt, wohin die Reise gehen soll. Wenn Friedrich Merz erklärt, die Rentenversicherung könne künftig nur noch eine »Basisabsicherung« sein, dann ist das ein Schlag ins Gesicht all jener Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge gezahlt haben. Hinzu kommen die bekannt gewordenen Pläne aus dem Kanzleramt, bei Eingliederungshilfen, beim Unterhaltsvorschuss und bei den Hilfen zur Erziehung zu kürzen. Betroffen wären hunderttausende Alleinerziehende,

Kinder und Menschen mit Behinderung. Das ist kein Zufall und keine Sparmaßnahme aus Notwendigkeit – das ist Klassenpolitik von oben. Gesellschaftliche Gruppen werden gegeneinander ausgespielt, während gleichzeitig Milliarden für Aufrüstung und Konzerninteressen bereitstehen. Das eigentliche Problem ist nicht, dass angeblich kein Geld da wäre. Jedes Jahr entgehen dem Staat Milliarden durch Steuerhinterziehung und fehlende Besteuerung großer Vermögen. Wer ernsthaft einen starken Sozialstaat will, muss endlich die Reichsten stärker in die Verantwortung nehmen – mit Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie konsequenter Bekämpfung von Steuerkriminalität. Gerade jetzt braucht es Solidarität statt Spaltung. Denn wenn die Bundesregierung Rentner:innen, Erwerbslose, Alleinerziehende oder Menschen mit Behinderung angreift, dann betrifft das uns alle.

Isabelle Vandr ,
Mitglied des Bundestages

Kahlschlag der Bundesregierung verhindern

Während Bundeskanzler Merz (CDU) uns permanent als zu faul, kleine Paschas oder als grüne und linke Spinner beleidigt, organisieren wir den Widerstand. Diese respektlose Sprache ist nicht das einzige Problem der desaströsen Regierung. Auch die Umsetzung verschiedener Vorhaben, dient nur dazu, den Reichen noch mehr dekadenten Luxus zu ermöglichen. Auf wessen Kosten? Wir alle müssen darunter leiden. Es wird überall gekürzt und die Lebenshaltungskosten sind für viele Menschen schon jetzt nicht mehr bezahlbar. Die Mieten sind so hoch wie nie zuvor. Deshalb brauchen wir dringend einen bundesweiten Mietendeckel und Immobilienkonzerne müssen vergesellschaftet werden. Mehr bauen allein, macht deine Miete nicht günstiger.

Wir müssen geschlossen den 8-Stunden-Tag verteidigen. Die Merz-Regierung will eine Höchst- arbeitszeit von zwölf Stunden und 15 Minuten pro Tag ermöglichen. Insgesamt könnte das zu einer Höchst- arbeitszeit von 73,5 Stunden pro Woche führen. Gleichzeitig soll das Renten- eintrittsalter steigen, damit wir noch vor der Rente tot umfallen können. Aus Sicht der Bundesregierung ist vermutlich der beste Arbeiter einer, der das Renteneintrittsalter erst gar nicht erreicht. Nicht mit uns! Während die SPD im Wahlkampf immer links blinkt, betreibt sie in der Regierung rechte Politik. Milliardäre

zahlen im Schnitt 26 Prozent Steuern, während Normalverdienende eine Steuerlast von 43 Prozent tragen müssen. Das ist ungerecht und fördert die Kluft zwischen arm und reich. Eine Vermögenssteuer gibt es nur mit der Linken!

Auch für Ostdeutschland hatte die Regierung nie etwas übrig.

Vollzeitbeschäftigte verdienen im Westen im Schnitt 60.798 EUR brutto pro Jahr, in Ostdeutschland hingegen nur 48.023 EUR. Bis heute wurde die deutsche Einheit nicht vollzogen. Wir kämpfen für Gleichheit bei der Tarifbindung und für einheitliche Tarifverträge zwischen Ost und West.

Auch bei der Jugendhilfe soll massiv gespart werden. Heranwachsende sind offensichtlich gut genug, um in den Krieg zu ziehen, Stichwort Wehrpflicht, werden aber politisch nie gefragt, was sie machen würden. Stattdessen betreibt man eine Politik gegen die Jugend. Schon unser Bildungssystem ist seit Jahren auf dem absteigenden Ast und wird zunehmend kapitalisiert.

Schluss mit dieser Ungerechtigkeit!

Deswegen werden wir im Juli auf den Straßen sein. Ein genaues Datum steht noch nicht fest, aber macht euch bereit!

Tom Siedenbergl,
Linksjugend ['solid]

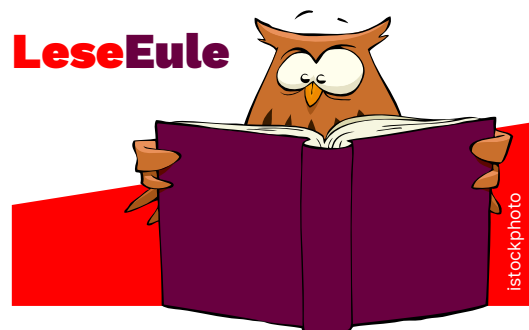
1. Mai in Teltow-Fläming:**Gemeinsam für soziale
Gerechtigkeit auf die Straße**

Der 1. Mai stand in Teltow-Fläming ganz im Zeichen von Solidarität, guter Arbeit und sozialer Gerechtigkeit. Gemeinsam mit Gewerkschafter*innen, Beschäftigten, Familien und Engagierten zog eine Demonstration mit bester Laune durch die Kreisstadt Luckenwalde bis zum Marktplatz. Auf der Abschlusskundgebung hatte ich die Gelegenheit, als Kreisgeschäftsführer der Linken Teltow-Fläming und zugleich als Altenpfleger zu sprechen. In meiner Rede stand die Situation in der Pflege im Mittelpunkt. Personalmangel, Zeitdruck und wirtschaftlicher Druck prägen den Arbeitsalltag vieler Pflegekräfte. Sie arbeiten nicht selten an der Belastungsgrenze und darüber hinaus, während die Zeit für menschliche Zuwendungen immer knapper wird. Deshalb habe ich in meiner Rede deutlich gemacht, dass Gesundheit und Pflege keine Ware sein dürfen, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein müssen. Darüber hinaus thematisierte ich die allgemeine soziale Lage vieler Menschen. Während Mieten, Lebensmittelpreise und Energiekosten weiter steigen, geraten immer mehr Haushalte unter Druck. Gleichzeitig wird behauptet, für bessere Löhne, gute Bildung oder eine Verbesserung der Pflege fehle das Geld. Demgegenüber stehen milliardenschwere Ausgaben für Aufrüstung und Militarisierung sowie Vorteile für große Vermögen und Konzerne. Die Beschäftigten erarbeiten den gesellschaftlichen Reichtum, von dessen Verteilung jedoch viele nur unzureichend profitieren.

Wer täglich in Betrieben, Krankenhäusern, Kitas, Geschäften oder auf Baustellen arbeitet, hält unsere Gesellschaft am Laufen. Trotzdem reicht das Einkommen vieler Menschen kaum noch aus, um die steigenden Lebenshaltungskosten aufzufangen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Auseinandersetzung mit rechten Kräften. Statt Menschen gegeneinander auszuspielen, braucht es Zusammenhalt. Die Demonstration und die Abschlusskundgebung machten deutlich, dass gesellschaftlicher Fortschritt nicht von allein entsteht. Die Rechte, die Arbeitnehmer*innen heute besitzen, wurden in der Vergangenheit hart erkämpft. Auch die Herausforderungen der Gegenwart werden nur durch gemeinsames Engagement, Solidarität und politischen Druck zu bewältigen sein. Der 1. Mai setzte damit ein starkes Zeichen für Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit in Teltow-Fläming.

Ein riesiger Dank geht an die Organisator*innen der DGB-Demo und wir freuen uns auf eine Wiederholung im kommenden Jahr.

Robert Kosin, Geschäftsführer des Kreisverbandes



Sally Lisa Starken

**»Wenn der rechte
Rand regiert«**

Sally Lisa Starken, freie Journalistin und Podcasterin (»Die Informantin – News erklärt von Sally Lisa Starken«), liefert mit ihrem zweiten Buch einen tiefgehenden Einblick in den aktuellen Zustand unserer globalen Demokratien. Sie reist für ihre Arbeit in die USA, nach Polen und nach Italien, alles Länder, in denen die Demokratie von der eigenen Regierung ständig angegriffen wird. Es sind nur wenige Beispiele dafür, wie in aktuellen Zeiten der Druck vom rechten Rand unserer Gesellschaft steigt, so sehr, dass Neofaschismus demokratische Legitimation und Macht erhält. Starken analysiert in ihrem Sachbuch nicht nur die Lage dieser drei Länder, sie beschreibt grundlegend demokratische Prinzipien bis hin zum »autoritären Playbook« und vergleicht die globale Lage mit unserem Zustand in Deutschland. Starken geht mit Expertinnen ins Gespräch über die AfD, ihre Pläne und insbesondere darüber, was diese Partei bereits geschafft hat und somit die politische Debatte maßgeblich beeinflusst. Sie analysiert anhand von einigen Beispielen konkret, dass wir in Deutschland nicht weit entfernt von den Zuständen in den USA, Polen, Italien und anderen Ländern sind. Eher im Gegenteil, besonders im Hinblick auf die anstehenden Landtagswahlen in unseren Nachbarbundesländern. Das, was Starken letztlich darlegt, ist nichts Neues. Wir alle wissen das bereits, spüren den Hass und die Hetze vom rechten Rand täglich. Jedoch bringt Starken alle essenziellen Erkenntnisse auf rund 280 Seiten zusammen. Lehren, die letztendlich zeigen, dass es eine starke Zivilgesellschaft braucht, und wir als Linke müssen uns dessen bewusst sein. Um uns dessen klar zu werden, ist dieses Sachbuch großartig geeignet und gehört in unsere Köpfe.

Phieby Skadow,
Blankenfelde-Mahlow

Sally Lisa Starken
**»Wenn der rechte
Rand regiert«**

Heyne Verlag
ISBN 978-3-453-60735-4
2026 erschienen
335 Seiten, 18,00 Euro



Nach der Bürgermeisterwahl in Baruth/Mark:

Respekt für den Wahlkampf und Bereitschaft zur Zusammenarbeit



Im Rathaus in Baruth/Mark gab es einen Wechsel an der Spitze.

Die Würfel in Baruth/Mark sind gefallen: Nach einem intensiven und von allen Seiten engagiert geführten Wahlkampf steht das Ergebnis fest. Jenny Hahn hat die Bürgermeisterwahl für sich entschieden und wird in Zukunft die Geschicke der Stadt lenken. Die Linke Baruth/Mark gratuliert der neuen

Bürgermeisterin ganz herzlich zu ihrem Wahlerfolg und wünscht ihr für die anstehenden Aufgaben, die Führung der Amtsgeschäfte und die Zusammenarbeit mit den städtischen Gremien viel Erfolg und eine glückliche Hand. Gleichzeitig möchten wir diesen Moment nutzen, um der von uns

unterstützten Kandidatin Kristen Schacht ein großes und von Herzen kommendes Dankeschön auszusprechen. Sie hat in den vergangenen Wochen und Monaten einen großartigen, inhaltsstarken und bürgernahen Wahlkampf auf die Beine gestellt.

Mit viel Herzblut, Fachkompetenz und unermüdlichem Einsatz hat sie sich für die Zukunft von Baruth und seinen Ortsteilen stark gemacht. Auch wenn es am Ende nicht für den Wahlsieg gereicht hat, hat ihr Engagement wichtige Impulse für die kommunalpolitische Debatte gesetzt.

Ein ebenso großer Dank gilt allen Unterstützer*innen, die mit viel Energie an ihrer Seite standen. Auch wenn wir uns natürlich ein anderes Ergebnis erhofft hätten, steht für uns jetzt das Wohl von Baruth/Mark im Vordergrund. Die

drängenden Herausforderungen vor Ort – sei es das Thema bezahlbarer Wohnraum, die Stärkung unserer Ortsteile oder die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur – können wir nur gemeinsam anpacken.

Die Linke Baruth/Mark signalisiert Jenny Hahn eine offene und vorurteilsfreie Zusammenarbeit. Wir sind bereit, konstruktive Ideen für unsere Stadt tatkräftig zu unterstützen und gemeinsam nach den besten Lösungen für die Bürger*innen zu suchen.

Unser Einsatz für ein solidarisches, gerechtes und lebenswertes Baruth geht unvermindert weiter – wir freuen uns auf den zukünftigen Dialog!

Elian Franz,
Die Linke Baruth/Mark

Pflege ist mehr wert

Eindrücke vom Tag der Pflege in Potsdam

Am 12. Mai, dem Internationalen Tag der Pflege, war ich gemeinsam mit Genoss*innen der Landesarbeitsgemeinschaft SozialGesund der Linken Brandenburg vor dem Klinikum Ernst von Bergmann in Potsdam unterwegs. Als examinierter Altenpfleger und einer der Sprecher*innen der LAG SozialGesund war es mir wichtig, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, die täglich die Folgen einer verfehlten Gesundheits- und Pflegepolitik spüren, die an den Bedürfnissen von Beschäftigten, Patient*innen und Pflegebedürftigen vorbeigeht.

Gemeinsam verteilten wir Flyer und suchten das Gespräch mit Patient*innen, Angehörigen, Beschäftigten des Klinikums sowie Mitgliedern des Betriebs- und Aufsichtsrates. Auch unsere ehemalige Brandenburger Gesundheitsministerin Anita Tack

beteiligte sich an der Aktion. Pflegekräfte berichteten von Personalmangel, Arbeitsverdichtung und ständigem Zeitdruck. Angehörige schilderten die Belastungen durch steigende Eigenanteile und die schwierige Suche nach Pflege- und Unterstützungsangeboten.

Pflege ist mehr wert. Wer täglich Verantwortung für kranke, ältere und pflegebedürftige Menschen übernimmt, verdient Respekt, gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung. Besonders kritisch sehe ich die aktuelle Gesundheitspolitik der Bundesregierung unter Gesundheitsministerin Nina Warken (CDU). Auch unter Frau Warken bleiben die grundlegenden Probleme ungelöst. Während Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen finanziell unter Druck stehen, fehlen weiterhin wirksame Maß-

nahmen gegen den Personalmangel und die zunehmende Belastung der Beschäftigten. Viele Menschen haben den Eindruck, dass die Kosten der Krise auf Patient*innen, Pflegebedürftige und ihre Familien abgewälzt werden. Gesundheit darf nicht arm machen.

Die Linke setzt dem eine klare Alternative entgegen. Wir fordern EINE solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die ALLE Menschen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Wir wollen die Eigenanteile begrenzen, mehr Personal ausbilden und einstellen, die Arbeitsbedingungen verbessern und Krankenhäuser am Versorgungsbedarf statt an Profitinteressen ausrichten.

Für mich war der Tag der Pflege deshalb mehr als ein symbolischer Aktionstag. Er war eine Ge-



Die Linke ist vor Ort.

legenheit zuzuhören, Erfahrungen aufzunehmen und deutlich zu machen: Gesundheit ist keine Ware. Sie ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss endlich auch politisch so behandelt werden.

Robert Kosin,
Mitglied des Kreisvorstandes

Aktiv werden, diskutieren, vernetzen

Bericht von der Aktivenkonferenz des Landesverbandes

Unter dem Motto »Wer Politik will, muss sie machen. Jetzt!« kamen am 9. und 10. Mai zahlreiche Genoss*innen zur 2. Aktivenkonferenz der Linken Brandenburg im Gut Gnewikow im Norden Brandenburgs zusammen – ein Labor für politische Zukunft. Nach der erfolgreichen Premiere im Vorjahr setzte der Landesverband erneut auf ein Wochenende voller politischer Debatten, praktischer Workshops und gemeinsamer Perspektiventwicklung. Bereits die Eröffnung machte deutlich, worum es ging: Die Linke will nicht nur über gesellschaftliche Veränderungen sprechen, sondern Menschen befähigen, selbst aktiv zu werden. Im Mittelpunkt standen dabei Fragen, die viele Brandenburger*innen unmittelbar betreffen. So beschäftigte sich ein Plenum mit der Mieten- und Nebenkostenkampagne der Partei. Steigende



Foto: privat

Wohn- und Energiekosten bleiben auch in Brandenburg ein drängendes soziales Problem. In den anschließenden Workshops wurde konkret gearbeitet. Diskutiert wurden neue Formen politischer Beteiligung im ländlichen Raum, digitale Öff-

Für unseren Kreisverband waren Valentin Kühler sowie Sandra und Robert Kosin (v. r. n. l.) vor Ort mit dabei.

fentlichkeitsarbeit, Strategien für die Mietenkampagne sowie Argumentationen gegen rechte Parolen. Die Verbindung aus politischer Bildung und praktischen Werkzeugen machte den besonderen Charakter der Konferenz aus. Ziel war es, Mitglieder und Aktive in die Lage zu versetzen, vor Ort wirksam zu handeln. Auch friedenspolitische Themen nahmen Raum ein. Unter dem Titel »Wehrpflicht – nicht mit uns!« wurden Möglichkeiten der Beratung und Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer vorgestellt. Damit setzte die Konferenz ein deutliches Zeichen gegen die zunehmende Militarisierung der politischen Debatte.

Am Sonntag standen im World-café schließlich die Zukunftsfragen der Partei im Mittelpunkt. Wie bleibt Die Linke in Stadt und Land sichtbar? Wie gelingt gutes Ankommen für neue Mitglieder? Und wie kann eine Partei jünger, weiblicher und vielfältiger werden, ohne ihre politischen Wurzeln zu verlieren? Die Ergebnisse wurden anschließend im Plenum vorgestellt. Die Aktivenkonferenz machte deutlich: Eine lebendige Partei entsteht nicht allein in Sitzungsräumen. Sie entsteht dort, wo Menschen zusammenkommen, voneinander lernen und gemeinsam Ideen für gesellschaftliche Veränderungen entwickeln. Gnewikow war dafür erneut ein starkes Beispiel. Mit viel Aufbruch in die Zukunft!

Robert Kosin,
Mitglied des Kreisvorstandes

8. Mai: Tag der Befreiung



**Nie wieder Faschismus.
Nie wieder Krieg.**

Spasiba, Thank you und Merci.



Alle Fotos: privat

Am 8. Mai fanden, wie in jedem Jahr, an Gedenkstätten im Landkreis Kranzniederlegungen und stilles Gedenken von Linken und Sympathisierenden statt. 81 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges wird das Recht des Stärkeren weltweit wieder zum legitimen Mittel der Politik. Wir müssen für eine friedliche Zukunft eintreten, wenn wir eine Zukunft haben wollen. In vielen Städten in Brandenburg und deutschlandweit wurde nicht nur mit Kranzniederlegungen und Gedenkfeiern der Millionen Toten des 2. Weltkrieges gedacht. Den vielleicht wichtigsten Bei-

trag leisteten die Schüler*innen, die sich mit einem Schulstreik und ihren Demonstrationen gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, Aufrüstung und die Militarisierung unserer Gesellschaft wehren. Das ist mehr als nur Widerstand gegen einen Zwangsdienst, der Lebenszeit klaut – es ist der Kampf um das Recht auf eine friedliche Zukunft! Dabei stehen wir fest an ihrer Seite! Die Rüstungsausgaben in Deutschland sind im vergangenen Jahr um 24 Prozent gewachsen, sind die vierthöchsten der Welt. Gleichzeitig plant die CDU/

CSU-SPD-Bundesregierung den größten Sozialraub seit Bestehen der Bundesrepublik. Das ist eine Politik der Angst, die Zukunft nicht sichert, sondern zerstört. Wer die Lehren des 2. Weltkriegs beherzigt, muss sich dafür einsetzen, dass von Deutschland und Europa nur noch Frieden ausgeht. Soziale Gerechtigkeit und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sorgen für eine friedliche Zukunft aller Menschen, nicht Aufrüstung um jeden Preis und militärische Machtdemonstrationen. Die jungen Menschen, die heute demonstrieren, haben

das längst verstanden. Es wird Zeit, dass die Regierenden das auch tun!

Die Niederlage des deutschen Faschismus im Jahr 1945 war kein »Zusammenbruch«, sondern die Befreiung Europas und Deutschlands vom Nationalsozialismus. Wir gedenken am 8. Mai der Millionen Ermordeten, der Widerstandskämpfer*innen und danken den Alliierten, die unter unvorstellbaren Opfern Nazi-Deutschland besiegt und befreit haben.

Felix Thier, Vorsitzender des Kreisverbandes

Rubrik: Jung trifft Alt

Foto: privat



Wanja Nitzsche, 33 Jahre, Mitglied unserer Partei seit 2019, trifft Edeltraut Liese, 76 Jahre, Mitglied der Partei seit 1967.

Du bist ja bereits mit 18 Jahren Mitglied der Partei geworden, wie kam es dazu?

Edeltraut: Ich war Studentin der Zentralschule der Pionierorganisation und es wurden damals nur sehr wenige Akademiker – also auch wenige Lehrer und Studenten in die Partei aufgenommen, denn die SED wollte eine Arbeiter- und Bauernpartei sein. Ich war Seminarsprecherin und dann baten mich meine Mitstudenten sie in der Parteileitung der Schule doch zu vertreten. Da ich von zu Hause aus sehr antifaschistisch erzogen wurde – meine Oma war 1944/45 für ihren Kampf gegen den Faschismus im Zuchthaus und später im KZ

Oranienburg – war es für mich kein Problem und ich stellte den Antrag und wurde aufgenommen. Und ich war der Meinung, meckern kann jeder, aber wenn ich was für uns Studenten verbessern will, dann ist es gut dabei zu sein.

Viele Mitglieder haben nach der Wende die Partei verlassen, aber du bist trotz der vielen Krisen in unserer Partei immer noch dabei – warum?

Edeltraut: Im Jahre 1974 wurde ich als stellvertretende Bürgermeisterin in Niedergörsdorf gewählt. Seitdem bin ich kommunale Abgeordnete. 1977 wurde ich dann Bürgermeisterin in Dennewitz. Ich nahm ein fünfjähriges Fernstudium auf und erhielt mein Diplom für Staat und Recht. 1988 übernahm ich die Gemeinde Niedergörsdorf als Bürgermeisterin – und dann kam die Wende. Mit der Übernahme der DDR durch die BRD dachte ich, dass meine politische Karriere vorbei ist. Aber egal wer dann Bürgermeister wurde – in allen nachfolgenden Wahlen erhielt ich immer sehr viele Stimmen, obwohl ich in der SED war, in der PDS blieb und Mitglied der Linkspartei bin, so dass ich noch

heute in der Gemeindevertretung dabei bin. Und seit der letzten Kommunalwahl bin ich sogar die Vorsitzende der Gemeindevertretung in Niedergörsdorf. Und es macht mir immer noch Spaß. Und auch wenn ich mit vielen Maßnahmen, Streitereien und Entscheidungen unserer Partei sowie Äußerungen von einigen Genoss*innen in den Landesparlamenten und im Bundestag nicht einverstanden bin, werde ich mich als Mitglied unserer Partei für die Bürger meiner Gemeinde einsetzen und es ist gut, dabei mitbestimmen zu können.

Was glaubst du, warum junge Menschen heute schwerer zu unserer Partei finden?

Edeltraut: Ich glaube, dass ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Das Demokratieverständnis ist generell anders geworden. Aber die manchmal schlechte Diskussionskultur und der Umgangsston in unserer Partei schreckt ab, unsere Programmdebatten sind oft nicht für junge Menschen attraktiv und relevant. Auch wenn wir einen guten Mitgliederzuwachs verzeichnen – es fehlen aktive Angebote, also zu wenig

Aktionen für junge Menschen. Und oft verstehen wir »Alten« es nicht, die Jugend zu begeistern.

Was würdest du den jungen Genoss*innen, die zu uns kommen, mitgeben wollen?

Edeltraut: Als erstes müssen wir Älteren lernen, sie zu verstehen und ihnen zu vertrauen. Und die Jüngeren müssen es lernen, sich einzubringen und Vorschläge zu unterbreiten, aber auch dann bei der Realisierung aktiv mitzumachen. Und es ist wichtig, nicht gleich bei den ersten Problemen oder Rückschlägen die »Flinte ins Korn zu werfen«, sondern daraus zu lernen und beim nächsten Mal mit neuem Mut und Elan ans Werk zu gehen. Dabei sollen sie aber auch die Erfahrungen und Hinweise der älteren Genoss*innen beachten. Es muss immer ein Miteinander sein.

Und was lernst du von ihnen?

Edeltraut: Ich bewundere oft ihren Umgang mit den sozialen Medien und die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben. Ihr Ungestüm bei der Vorbereitung und Realisierung von Aktionen steckt an.

»Wir machen keinen Kulturkampf, wir machen Klassenkampf!«

Foto: privat



Die Brandenburger Delegation auf dem Bundesparteitag



Ines Schwerdtner (r.) und Luigi Pantisano (l.), Vorsitzende der Linken

Um zweieinhalb Tage Bundesparteitag (BPT) in einem kurzen Artikel zusammenzufassen, fehlt schlicht der Platz. Wir beide, Phieby Skadow und Felix Thier, waren für unseren Kreisverband zum BPT nach Potsdam delegiert – eine junge Genossin und ein »alter« Partei-Hase.

Fazit: Es wurde in Potsdam viel diskutiert, eine große Anzahl von Anträgen und Änderungsanträgen gestellt. Eine enorme Diskussions-

kultur und Motivation waren schon allein in all den Anträgen zur Geschäftsordnung erkennbar. Auch hat sich der Parteitag verjüngt und der Frauenanteil unter den Delegierten betrug 52 Prozent. Der Leitantrag fand im Vorfeld eine starke Kontroverse, über einhundert Änderungsanträge zeugen davon. Gut war, dass es aber auch viele Übernahmen und Einigungen gab – das zeugt von Zielorientierung und Kompromissbe-

reitschaft. Sehr emotional war die Verabschiedung unseres Parteivorsitzenden Jan van Aken.

Aus gesundheitlichen Gründen trat er nicht zur Wiederwahl an. Minutenlanger Applaus und auch die ein oder andere Träne waren im Saal wahrnehmbar. Der neu gewählte Parteivorstand ist jung und bunt. Die Wahlergebnisse Einzelner zeigen aber auch, dass neue Mehrheitsverhältnisse in der Partei existieren. Die Wiederwahl Ines Schwerdtners zur Vorsitzenden mit rund 85 Prozent ist überzeugend, die Wahl ihres Co-Vorsitzenden Luigi Pantisano mit gut 53 Prozent weniger. Geschuldet

war dies wohl auch der ein oder anderen Aussage des Kandidaten. Polarisierung und markige Worte mag für Applaus sorgen, schließt aber nicht automatisch die Reihen. Aus unserem Landesverband ist mit Luca Renner wieder ein Mitglied im Parteivorstand vertreten. Allgemein ist aber wahrzunehmen, dass unser Landesverband auf dem BPT an Gewicht eingebüßt zu haben scheint. Das obige Zitat als Überschrift stammt übrigens von unserer Bundestagsfraktionsvorsitzenden Heidi Reichinnek, die in ihrer Rede gewohnt pointiert und niederschwellig die Verhältnisse kritisierte und klar unsere Positionen dazu stellte. Wir könnten noch so viel mehr schreiben. Aber vielleicht ladet ihr uns einfach zu eurer nächsten Basisversammlung ein? Dann berichten wir euch live und gern ausführlicher.

Phieby Skadow und Felix Thier, Delegierte zum 10. Bundesparteitag

Die Linke Teltow-Fläming lud zum Kinderfest

Am 30. Mai fand bereits zum fünften Mal das Kinderfest der Linken in Ludwigsfelde statt.

Trotz der Konkurrenz durch das Streetfoodfestival auf der Festwiese lockte unser, zur Tradition gewordenen, Kinderfest auch in diesem Jahr wieder 500 Kinder, Eltern und Großeltern auf den Rathausplatz. Die Kinder hatten sichtlich Spaß mit Hüpfburg, Dosenwerfen, Popcorn, Tischkicker, Bastelstand, Kinderschminken und vielem mehr. Währenddessen konnten sich alle Anwesende über die Aktivitäten der Linksjugend und der Linken erkundigen oder am Grill- und Kuchenstand verköstigen lassen. Auch der Bücherstand mit Second-Hand-Büchern wurde gut nachgefragt.

Ein riesiger Dank geht an dieser Stelle an alle Unterstützer*innen des Kinderfests. Standbetreuung, Einkauf, Auf- und Abbau, Platzaufsicht und Vor- sowie Nachbereitung funktionieren immer nur gemeinsam und durch EURE Unterstützung und Spenden.



Foto: privat



Foto: privat



Foto: privat

Ebenso bedankt sich Die Linke TF bei unserer Landesvorsitzenden Katharina Slanina, die wie immer am Grill mithalf und viele Gespräche führen konnte. Ebenso bedanken wir uns bei unserer Bundestagsabgeordneten Isabelle Vandr , deren Wahlkreis Ludwigsfelde einschließt und auf dem Kinderfest über die Kinder- und Jugendpolitik der Bundesregierung berichtete. Während CDU/CSU und SPD immer neue familienfeindliche Ideen entwickeln und Fördergelder in

der Kinder- und Jugendarbeit sukzessive streichen, wissen immer mehr Familien nicht mehr, wie sie ihre Miete oder die Lebensmittel bezahlen sollen. Genau hier setzt Die Linke mit dem Heizkostencheck, dem Mietencheck, der Forderung nach der Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel und anderen Entlastungskonzepten an.

Auch warb Isabelle Vandr  für die Volksinitiative »Gerechtigkeit ist besser«. Die Volksinitiative ist der Nachfolger der »Schule

satt« Initiative, die Die Linke im Jahr 2024 zusammen mit vielen verbündeten Organisationen mit über 20.000 Unterschriften im Landtag einreichte. Diese erste Volksinitiative wurde, nach der Landtagswahl(!) durch SPD und BSW unter fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. Auch bei »Gerechtigkeit ist besser« geht es darum, dass Kinder an den Grundschulen Brandenburgs kostenfrei Mittagessen können sollen. Hierfür unterschrieben auf unserem Kinderfest zahlreiche Eltern und Großeltern. Du willst auch unterstützen? Unterschriftenlisten findest du unter www.Gerechtigkeit-ist-besser.de. Glückliche Kinder und entlastete Familien sind und bleiben das Ziel der Linken. Ob in den Schulen, Jugendclubs, zu Hause oder beim nächsten Kinderfest am 29.05.2027 – wir kämpfen weiter für und mit euch!

Tobias Lübbert,
Mitglied des Kreisvorstandes

Petition

»Mietrecht stärken – Umwandlungen stoppen und Sperrfrist verlängern!«

Bezahlbarer Wohnraum wird in Brandenburg immer knapper. Besonders im Berliner Umland, aber auch in vielen Städten und Gemeinden des Landes, spüren Mieter*innen die Folgen steigender Mieten und eines angespannten Wohnungsmarktes. Während die Einkommen vieler kaum mitwachsen, steigen die Wohnkosten weiter. Gleichzeitig werden Mietwohnungen zunehmend in Eigentumswohnungen umgewandelt. Genau hier setzt die Petition an, die bei www.openpetition.de zu finden ist. Unter dem Titel »Mietrecht stärken – Umwandlungen stoppen und Sperrfrist verlängern!« fordert die Petition die Brandenburger Landesregierung aus SPD und CDU auf, den Schutz von Mieter*innen deutlich zu verbessern. Konkret geht

es um zwei konkrete Maßnahmen: Erstens soll die Umwandlung von Mietshäusern in Eigentumswohnungen in angespannten Wohnungsmärkten untersagt werden. Zweitens soll die Kündigungs-sperfrist nach dem Verkauf einer Wohnung von derzeit drei auf zehn Jahre verlängert werden. Wird ein Mietshaus in Eigentumswohnungen aufgeteilt, wächst für die Bewohner*innen die Unsicherheit. Nach einem Verkauf drohen Eigenbedarfsk ndigungen und Verdrängung. Menschen, die oft seit vielen Jahren in ihren Wohnungen leben, verlieren ihr Zuhause oder müssen befürchten, es zu verlieren. Besonders betroffen sind Familien, ältere Menschen



und Haushalte mit geringem Einkommen. Die Initiator*innen der Petition verweisen darauf, dass in zahlreichen Kommunen Brandenburgs bereits ein angespannter Wohnungsmarkt festgestellt wurde. Dennoch fehlen bislang wirksame landespolitische Maßnahmen, um Mieter*innen ausreichend zu sch tzen. Andere Bundesländer haben entsprechende Regelungen längst eingeführt. Für uns Linke ist Wohnen

keine Ware, sondern ein Grundrecht. Wohnungen dürfen nicht in erster Linie als Renditeobjekte betrachtet werden. Menschen brauchen Sicherheit, bezahlbare Mieten und die Gewissheit, nicht durch Spekulation aus ihrem Wohnumfeld verdrängt zu werden. Wer die Petition unterstützen möchte, kann sie hier unterzeichnen: <https://gleft.de/6Cu>. Jede Unterschrift hilft, den Druck auf die SPD-CDU-Landesregierung zu erhöhen und den Mieter*innen-Schutz in Brandenburg zu stärken. Gerade in wachstumsstarken Regionen zeigt sich, wie dringend gehandelt werden muss. Wo Wohnungen knapp sind, haben Mieter*innen oft kaum Alternativen. Umso wichtiger ist es, bestehende Mietverhältnisse zu sichern und Verdrängung wirksam zu verhindern. Jetzt braucht es Mut.

Robert Kosin, Mitglied des Kreisvorstandes

Vor Ort und im Netz

Die Linke in Teltow-Fläming:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
R.-Breitscheid-Straße 19
Mittwoch 14:00–18:00 Uhr
Telefon: 03371 632267
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Dienstag 10:00–12:00 Uhr
Telefon: 03372 432691
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Maxim-Gorki-Straße 10
Dienstag 10:00–13:00 Uhr
Donnerstag 16:00–19:00 Uhr
Telefon: 03378 510653
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische
Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN: DE80 1605 0000 3633
0274 15

Leserbriefe und Zuschriften
sind ausdrücklich erwünscht.

Papier sparen?

Bestellen Sie den Linksblick online und erhalten Sie ihn zukünftig per E-Mail: kurzelinks.de/vvon



Impressum

Herausgeber: Kreisverband Teltow-Fläming der Partei Die Linke

V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de

Redaktion: Felix Thier
redaktion@dielinke-tf.de

Redaktionsschluss:
21. Juni 2026

Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern

Auflage 1.400, Juni 2026

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

1. Mai – natürlich mit dem Familienfest der Linken!



Was für ein 1. Mai!

Bei bestem Wetter und großartiger Stimmung haben wir unser 35. Familienfest der Linken Teltow-Fläming in Luckenwalde gefeiert – von 14:00 Uhr bis 18:00 Uhr war der Nachmittag voller Begegnungen, Gespräche und gemeinsamer Momente. Dem Fest voraus ging ein starkes Zeichen: die erste 1. Mai-Demonstration in Luckenwalde seit 1924, organisiert vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) Teltow-Fläming. Ein wichtiger Schritt, um gewerkschaftliche und soziale Kämpfe wieder sichtbar auf die Straße zu tragen. Für Die Linke sprach dort unser Kreisgeschäftsführer Robert Kosin und machte deutlich, dass wir uns nur gemeinsam gegen die Angriffe auf den Sozialstaat wehren und nur zusammen den Rechtsruck aufhalten können. Auf unserem Familienfest wurde dann deutlich, was uns ausmacht: Zusammenhalt und Engagement für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Mit dabei waren starke Redebeiträge vom Luckenwalder Bürgermeister Jochen Neumann (parteilos) und vom Stadtverordneten Erik Scheidler (Die Linke), von Landrätin Kornelia Wehlan (Die Linke) und Felix Thier (Fraktionsvorsitzender der Linken im

Kreistag) sowie unserer Landesvorsitzenden, Katharina Slanina. Auch die Infostände auf unserem Fest waren gut besucht – Volksolidarität, Grüne, linksjugend [solid], Klab und natürlich unsere Partei waren dabei. Dazu gab es eine bunte Spielestraße für Kinder und Familien inklusive Hüpfburg, die permanent umlagert war. Für die musikalische Stimmung sorgten die Bands »Phoenix«, »TastenFeuer«, »TrommelFieber« und der Woltersdorfer Karnevalsverein »Die Urstromtaler« – vielen Dank für diese großartige Begleitung und das abwechslungsreiche Programm!

Dieser Tag hat gezeigt:

Soziale Politik lebt vom **Mitmachen**. Vom **Austausch**. Von **Menschen**, die sich einmischen.

Danke an alle, die da waren, mit organisiert, unterstützt und diesen Tag möglich gemacht haben.

Der 1. Mai ist nicht nur ein Feiertag – er ist auch ein Kampftag. Und wir machen weiter.

Felix Thier, Vorsitzender des Kreisverbandes

Dabei sein

Termine und AKTIONEN (Unter Vorbehalt)

Linkstreff Ludwigsfelde, Maxim-Gorki-Str. 10

[solid] – Plenum der Linksjugend

jeden Sonntag, jeweils 14:00 Uhr

Linkes Frühstück

Sa., 27.06. und 25.07.,
jeweils 10:00 Uhr

Linke Stunde

Do., 02.07. und 06.08.,
jeweils 18:00 Uhr

Workshop und Aktion zur Mietenkampagne

Fr., 03.07., 16:00 Uhr

Linker Seniorentreff

Di., 14.07. und 11.08.,
jeweils 10:00 Uhr

Sitzung Regionalvorstand TGL

Mo., 20.07., 18:00 Uhr

Bürger*innengespräch: »Wo drückt der Schuh?«

Sa., 25.07., 12:00 Uhr

Linkstreff Luckenwalde, R.-Breitscheid-Str. 19

Neumitgliedertreffen

Mi., 01.07., 18:00 Uhr

Beratung Redaktion Linksblick

Mi., 08.07., 17:30 Uhr

Beratung Kreisvorstand

Mi., 08.07., 18:30 Uhr

Basistreffen

Mi., 15.07., 15:00 Uhr

Linkstreff Jüterbog, Große Straße 62

Mitgliederversammlung RV TF Süd mit Wahlen

Mo., 13.07., 18:00 Uhr

Seniorenachmittag

Di., 14.07. und 11.08.,
jeweils 14:30 Uhr

Kreisverband / überregional

Bundestagsmitglied Christin Willnat vor Ort

Fr., 03.07., ganztägig
Süden des Landkreises

26. Zuckertütenfest des Kreisverbandes
Sa., 15.08., 14:30 Uhr,
Jüterbog, Kräutergarten
am Mönchenkloster

